

Die Militärforderungen Dr. Weyerles.

Der Neujahrsaufenthalt Dr. Weyerles in Wien war außer den außenpolitischen Angelegenheiten auch der Verfolgung der militärpolitischen Forderungen des Kabinetts Weyerle an den maßgebenden Stellen gewidmet. Diese Forderungen betreffen eine erhebliche Erweiterung des berühmten Apponischen Reunerprogrammes, stehen mit diesen sogar im Widerspruche, da sie etwas wesentlich anderes wollen als dieses; sie betreffen die Einrichtung der einheitlichen ungarischen Armee im Rahmen der gemeinsamen Wehrmacht; die Reform würde die gleichzeitige Aufhebung der Sonnev mit sich bringen.

Das Ministerium Weyerle ist ohne parlamentarische Mehrheit; er hat hinter sich nur eine Reihe „die Regierung unterstützender Gruppen“, keine eigentliche Regierungspartei und vor allem keine Regierungsmehrheit, wie dies das streng parlamentarische Prinzip der ungarischen Verfassung erfordern würde. Je mehr sich Dr. Weyerle den Gruppen der Unabhängigkeitspartei näherte, desto mehr veräumte er es, bei den gemäßigten parlamentarischen Kreisen Anhängerschaft zu erwerben. So hängt bis zum heutigen Tage seine Regierung parlamentarisch in der Luft. Dr. Weyerle sucht nun dadurch zu einer Regierungspartei zu gelangen, daß er für seine Minderheit Zugeständnisse verlangt, wie sie bisher die ungarischen Mehrheitsparteien in diesem Ausmaße niemals der Krone abgefordert haben. Das Ziel dieser Politik ist, mit solchen Erfolgen sich ausstatten zu lassen, daß er als nationaler Sieger um die parlamentarische Mehrheit zu werben imstande ist. Die Konzession des ungarischen Heeres soll ihm zur parlamentarischen Mehrheit verhelfen und dieses Zugeständnis, das größte, das einer ungarischen Partei gegeben werden könnte, soll gegeben werden einer vorläufigen Regierung der Minderheit, deren politische Kräfte zum größeren Teile dem Lager der Unabhängigkeitsparteien angehören. Vielleicht ließe sich das größte Entgegenkommen rechtfertigen, wo die zuverlässige Gewähr geboten wäre, daß damit gleichzeitig eine Festigung der Monarchie und nicht das Ende der Pragmatischen Sanktion erreicht wird — aber daß eine Konzession von so ungeheurer Tragweite an Anhänger der Personalunion und der Verschlagung des Ausgleiches gegeben werden sollte, notabene ohne daß diese Parteien überhaupt die parlamentarische Mehrheit besitzen, das ist ein Widersinn, der allen politischen Gesetzen widerspricht.

Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß das Programm Weyerles zur Ausführung gelangt. Das Schicksal der Armee ist zu wichtig, um ein Handelsgegenstand werden zu dürfen, mit dem man sich eine festigende parlamentarische Mehrheit verschaffen kann.